

LÄNDERKURZINFORMATION

MAROKKO



Quelle: Munzinger-online

INHALT

ZUSAMMENFASSENDE ÜBERBLICK	2
ENTWICKLUNGSGRUNDLAGEN UND -PERSPEKTIVEN	3
ARMUTSBEKÄMPFUNG	4
GESUNDHEITSWESEN	4
BILDUNG	5
WIRTSCHAFT	5
UMWELT	7
NATIONALE ENTWICKLUNGSPOLITIK	7
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	8
ÖSTERREICHS ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT MAROKKO	9
PRIVATE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	9
WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH MAROKKO	9

finanziert durch die

**Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**

Slezak, Gabriele; Juni 2011

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung

ZUSAMMENFASSENDE ÜBERBLICK

Marokko, im westlichen Teil Nordafrikas gelegen und politisch von einer Erbmonarchie geprägt, erlebte in den 90er Jahren eine demokratische Öffnung. Eine Verfassungsänderung legte als politisches System Marokkos eine konstitutionelle Monarchie fest, die die Position von Regierung und Parlament stärkte. Staatsoberhaupt ist aktuell König Mohammed VI., weltlicher Herrscher und geistlicher Führer zugleich. Er unterstützte Reformprozesse und setzt sich für Programme der menschlichen Entwicklung und politischen Liberalisierung ein. So investierte der Staat in den vergangenen Jahren zum Beispiel erheblich in die Bereiche Bildung, Gesundheit und sozialer Wohnungsbau. Durch sein Auftreten gegen Armut, Korruption und einen radikalisierten Islam sowie aufgrund der verbesserten rechtlichen und sozialen Stellung von Frauen gewann er das Image eines Modernisierers. Autoritäre Maßnahmen wie z.B. die Einschränkung der Pressefreiheit und seine unnachgiebige Position in der Westsahara-Frage, für die er maximal eine Autonomielösung anbietet, stehen in deutlichem Gegensatz dazu. Ministerpräsident ist der vom König gewählte Abbas al-Fassi.

Die Parlamentswahlen im Jahr 2007 erwiesen sich als relativ frei und fair, wurden aber teilweise aufgrund geringer Wahlbeteiligung als problematisch angesehen (37% der Wahlberechtigten, wovon sich noch einmal 19% als ungültige Stimmen erwiesen). Während kritische Beobachter aus Marokko und dem Ausland das Wahlergebnis durch die geringe Beteiligung beeinträchtigt sahen, würdigten Frankreich und EU „Transparenz und ordnungsgemäßen Verlauf“ des Urngangs, der von 3.000 Wahlbeobachtern, darunter 52 aus dem Ausland, begutachtet wurde. Die westsaharische Befreiungsbewegung POLISARIO hatte bei den UN vergeblich gegen die Durchführung der Abstimmung in dem besetzten Gebiet protestiert. Die Istiqlal Partei ist derzeit stärkste Partei im Parlament. Das Parteiensystem ist stark zersplittert, seit mehreren Jahren findet ein Prozess statt, durch Parteienfusionen die politische Landschaft zu ordnen, unter anderem initiierte König Mohammed VI. 2008 die Gründung der Parti Authenticité et Modernité (PAM), die 2009 bei Lokal- und Teilwahlen zum Senat bereits zur stärksten Partei wurde.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat versammelten sich im Februar 2011 unter dem Einfluss der Proteste in der arabischen Welt erstmals mehrere Tausend überwiegend jugendliche DemonstrantInnen und forderten Verfassungsänderungen, Arbeit und die Bekämpfung von Korruption. Auch in anderen marokkanischen Städten kam es zu Kundgebungen (insgesamt Zehntausende TeilnehmerInnen). Aus mehreren Städten wurde auch von späteren Ausschreitungen berichtet. Nach Angaben des Innenministeriums sind dabei in der Stadt Al Hoceima fünf Menschen in einer Bank verbrannt, die zuvor von „Krawallmachern“ in Brand gesteckt worden sein soll.

Daraufhin kündigte Mohammed VI. Anfang März eine umfassende Reform der Verfassung an. Sie betrifft u.a. die Verankerung der Pluralität der marokkanischen Identität in der Verfassung, die Konsolidierung des Rechtsstaats, die Stärkung der Justiz als unabhängige Gewalt sowie die Rolle des Verfassungsrats, die Konsolidierung der Gewaltenteilung durch ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament, eine freie gewählte Regierung des Volkes, Ernennung des Premierministers auf Basis des Wahlergebnisses, Stärkung der Rolle des Premierministers in der Exekutive, die Verankerung des „Regierungsrates“ (Conseil du gouvernement) in der Verfassung, Stärkung der Rolle politischer Parteien, parlamentarischer Opposition und Zivilgesellschaft, Verankerung guter Regierungsführung, Menschenrechte und Schutz der Freiheiten in der Verfassung. In seiner Rede machte Mohammed VI deutlich, dass an den Kernpunkten des Systems, die er als das „Fundament“ für einen neuen Pakt zwischen Thron und Volk bezeichnet, nicht gerüttelt wird. Indirekt werden damit jene Artikel der Verfassung, die die herausgehobene Stellung des Königs betreffen, z.B. seine Rolle als Befehlshaber der Gläubigen, von jeder Reform ausgenommen.

Marokkos Militärpolitik wird vom latenten Konflikt mit Algerien, der Westsahara-Frage und der Bedrohung durch islamistischen Terrorismus (Bombenanschläge Mai 2003, März/April 2007) bestimmt. Weiterhin offen ist die Frage des Status der Westsahara, die Marokko nach dem Ende der spanischen Besetzung (1975) und dem Verzicht Mauretaniens (1978) annektiert hatte. Der Guerillakrieg mit der von Algerien unterstützten Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y Río

de Oro (POLISARIO-Front) konnte erst 1991 mit einem von den UN vermittelten Waffenstillstand beendet werden. Marokko betrachtet die Integration der Westsahara als „fait accompli“ und sichert seine Gebietskontrolle durch umfangreiche Militärpräsenz ab. Ungeklärte Fragen gibt es zudem mit Spanien, v. a. wegen des marokkanischen Anspruchs auf dessen nordafrikanische Besitzungen Ceuta und Melilla.

Amnesty International sieht die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit im Zusammenhang mit der staatlichen Sicherheit stark eingeschränkt. Die Regierung reagiert teilweise sehr intolerant auf Meinungen oder Informationen, welche als Angriff auf die Monarchie gewertet werden. So wurden Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und weitere Personen strafrechtlich verfolgt, weil sie Korruption angeprangert und die Behörden kritisiert hatten. Die Lage der Menschenrechte ist einerseits durch begrenzte Freiräume für politische Kräfte und Medien gekennzeichnet. Andererseits werden Tabuverletzungen wie Kritik am Königstum, „Verunglimpfung“ des Islam oder die Infragestellung der Marokko-Zugehörigkeit der Westsahara mit repressiven Mitteln verfolgt. Dies gilt in besonderem Maße für die von Marokko kontrollierten Teile der Westsahara. Willkürliche Verhaftungen, Misshandlung, Folter, unfaire Gerichtsverfahren zählen zu den Menschenrechtsverstößen, die der Regierung von internationalen Beobachtern vorgeworfen werden. Dem Terrorismus begegnet der Staat mit repressiven Mitteln (extreme Haftstrafen), derzeit befinden sich über 1.000 verurteilte Islamisten in marokkanischen Gefängnissen. Auch unzureichender staatlicher Schutz für verwundbare Gruppen wie Frauen und Kinder (z. B. vor Menschenhandel, Zwangsarbeit) zählen zu den Problembereichen. Schikanen wie das Verbot von Auslandsreisen für Sahraui-AktivistInnen der Westsahara werden seit 2009 wieder verstärkt praktiziert (Fall Aminatou Haidar im Nov. 2009).

ENTWICKLUNGSGRUNDLAGEN UND -PERSPEKTIVEN

BASISDATEN

Fläche: 458.730 km² (völkerrechtlich akzeptierte UN-Angabe), 710.850 km² (marokkanische Angabe) (Munzinger Archiv)

Bevölkerung: 2010: 31,627 Mio. Einw. (Schätzung)

Bevölkerungswachstum 2010: 1,08 % (Schätzung)

Bevölkerungsdichte: 2010: 68,9 Einw./km² (Schätzung)

Verstädterung: 2010: 56,7 % (Schätzung)

Öffentliche Ausgaben für Bildung: 2008: 5,7 % des BIP (UNDP 2010);

Alphabetisierungsrate: 2010: 58,2% (UNDP 2010);

Einschulungsrate: 2010: Kombinierte Einschulungsrate: 61%; (UNDP 2010)

Öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2007: 1,7 % des BIP (UNDP 2010); entspricht durchschnittlich 5,4 % des Gesamtbudgets (Munzinger 2010).

Lebenserwartung: 2010: 75,7 Jahre (Frauen 78,9 / Männer 72,6) (Munzinger 2010); 71,8 Jahre (UNDP 2010)

Säuglingssterblichkeitsrate: 2010: 28,61 (Mädchen 23,46, Jungen 33,52) je 1.000 Lebendgeburten (Munzinger 2010); 2008: 23/1.000 (UNDP 2010)

Müttersterblichkeitsrate: 2008: 240/100.000 Lebendgeburten (UNDP 2010)

HIV/Aids Rate: 2007: 0,1 % der 15- bis 49-Jährigen;

Medizinische Versorgung: 2007: 133 Krankenhäuser (26.620 Betten); 2.592 Basisgesundheitsdienste; 26.026 Ärzte; 26.532 Pflegekräfte (Munzinger 2010)

Human Development Index (HDI): 2010: Rang 114, mit einem Index v. 0,567 (max. 1,0) (UNDP 2010)

Gender Inequality Index (GDI): 2008: 0,693 (max. 1) (UNDP 2010)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Multidimensional Poverty Index: 2008: 28,5% (UNDP 2010)

BIP: 2008: 88,879 Mrd.US\$ (IMF, World Economic Outlook Data, April 2010)

BIP/Kopf (PPP): 2008: 4.362 (Munzinger 2010)

Durchschnittliches Wachstum des BIP: 2010: 3,2 % prognostiziert

Inflation: 2,3 %

Arbeitslosigkeit: 9,2 %

Netto-ODA 2008: 1.216,87 Mio. US\$ (1,4% des BIP); davon 50% bilaterale ODA.

Verschuldung: 2011: 29,4 Mrd. US\$ (AWO Länderblatt-WKO)

Währung: 1 Euro = 11,316 MAD (22.02.2011)

Korruption (Transparency International Index) 2010: 3,4 von 10 Punkten (Platz 85 von 178 Staaten).

Pressefreiheit: In internationalen Statistiken der Pressefreiheit erreichte Marokko 2009 bei Reporters Sans Frontières (RSF) lediglich Rang 127 von 175, bei Freedom House Rang 140 von 195 bewerteten Staaten („nicht frei“).

Quellen: OECD, Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries, 2010; UNDP, Human Development Report, 2010; Munzinger Online 2010

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Rund ein Viertel der Bevölkerung ist laut Human Development Report von Armut betroffen. Statistiken zeigen regionale Unterschiede, in ländlichen Regionen bestimmen ein eingeschränkter Zugang zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdiensten und eine zudem schlechtere Versorgung mit sauberem Wasser und Strom die Lebensumstände maßgeblich. Deutlich bessere Bedingungen in den Städten führen dazu, dass viele Landbewohner abwandern, sich jedoch auch im städtischen Gebiet die Schaffung einer Lebensgrundlage schwierig gestaltet. Besonders unter Jugendlichen und Akademikern herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Regierung lancierte mehrere Programme zur Verringerung der Armut, die finanziell von der Gebergemeinschaft hier maßgeblich von den Vereinten Nationen und der Weltbank unterstützt werden. Als wichtigstes Instrument zur Verringerung der Armut und zugleich größte Herausforderung wird die Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Produktivität genannt. Marokko setzte mehrere strategische Reformen in Gang, die mittelfristig zu einer Steigerung der Produktivität führen.

GESUNDHEITSWESEN

Der Zugang zu medizinischer Grundversorgung ist in besonderem Maße für die ländliche Bevölkerung Marokkos mangelhaft. 43 Prozent von ihnen leben mehr als sechs Kilometer von einer Gesundheitsstation entfernt. 60 Prozent der Frauen landesweit haben große Probleme beim Zugang zur ärztlichen Versorgung; In den Provinzen Taza, Al Hoceima und Taounate (Region TAT) ist die Gesundheits- und Vorsorgesituation besonders schlecht. Aufgrund der Streulage der Siedlungen sind staatliche Gesundheitseinrichtungen schwer erreichbar. Zudem gibt es im Gesundheitssystem auch strukturelle Probleme wie Personalmangel, Qualifizierungsbedarf und infrastrukturellen Engpässe.

Der nationale Aktionsplan des marokkanischen Gesundheitsministerium 2008-2012 unterstützt die qualitative Verbesserung der Gesundheitsdienste durch Qualitätsmanagement auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und sieht unter anderem den verbesserten Zugang von Frauen zu Basisgesundheitsdiensten vor, um Mütter- und Säuglingssterblichkeit zu verringern. Zudem soll damit die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien in Fragen der Jugendgesundheit und HIV/Aids-Prävention sowie bei der Konsolidierung eines gemeindebasierten Ansatzes für schwer zugängliche Gebiete gefördert werden. Im Rahmen der Modernisierung des Gesundheitswesens strebt Marokko an, die medizinische Infrastruktur auszubauen und die Zahl der Ausbildungsabschlüsse bei Ärzten bis 2020 auf 3.300 pro Jahr zu steigern.

BILDUNG

Das staatliche Schulsystem besteht aus der Grundschule (6 Jahre), Aufbaustufe („Enseignement collegial“, 3 Jahre), der Gymnasialschule („Enseignement secondaire“, 3 Jahre) und dem Hochschulwesen. Daneben existieren Privat- und Koranschulen. Für sechs- bis 15-jährige Kinder besteht allgemeine Schulpflicht, der Unterricht ist gebührenfrei. Unterrichtssprachen sind Arabisch, Französisch und regional Tamazight. Am günstigsten fallen die Lese-Schreib-Kenntnisse in Großstädten (v. a. im Raum Casablanca) aus, am schlechtesten in ländlichen Gebieten des Hinterlands.

Das Bildungswesen zählt zu den Prioritäten von Regierung und König Mohammed VI. Eine 1999 initiierte Kampagne zur Reform der Schulausbildung hatte sich eine 100-Prozentige Einschulungsrate bis 2002 zum Ziel gesetzt. Die Einschulungsquote ist zwar beträchtlich gestiegen und lag 2007 an Grundschulen bei 89 % (Mädchen 86 %), an Sekundarschulen bei 56 % (brutto; Mädchen 51 %) und an Vorschulen bei 60 % (Mädchen 50 %). Bis 2015 soll die Schulpflicht für alle Kinder tatsächlich umgesetzt werden. Ein vom Erziehungsministerium im Jahre 2008 initiiertes Notfallplan soll neue Impulse geben und die Schulausbildung in den kommenden Jahren spürbar verbessern. Es bleibt abzuwarten, ob die hochgesteckten Ziele erreicht werden können. Immerhin wurde das für diese Pläne vorgesehene Budget für das Jahr 2009 um 23,6 Prozent erhöht. Die Alphabetisierungsrate der über 15-Jährigen wurde für 2008 auf 56,4 % (Frauen 44,1 %), in der Altersgruppe bis 24 Jahre auf 76,6 % (Frauen 68,4 %) geschätzt, wobei in ländlichen Gegenden deutlich niedrigere Werte gelten als in den Städten, besonders betroffen sind Frauen und Mädchen. Im März 2010 wurde eine staatliche Einrichtung zur Förderung der Alphabetisierung gegründet.

Die Einschulungsrate im Hochschulwesen lag 2007 bei 11 % (Frauen 11 %). Wie die Schulen leiden auch die Universitäten seit Jahren unter Überfüllung und schwacher Mittelausstattung. Gleichzeitig ist der marokkanische Arbeitsmarkt nicht in der Lage, Schul- und Studienabgänger in ausreichendem Maße aufzunehmen - Arbeitslosigkeit von AkademikerInnen ist zu einem nationalen Phänomen geworden. 2003 trat eine weit reichende Universitätsreform in Kraft, um Studieninhalte neu auszurichten und an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen, Studienzeiten zu verkürzen, international gültige Standards zu erreichen und international anerkannte Abschlüsse anzubieten.

WIRTSCHAFT

Derzeit befindet sich Marokko in einem Wandlungsprozess vom Agrar- zum Industrie- und Dienstleistungsland. Zwar unterliegt die wirtschaftliche Entwicklung – wie etwa durch wetterbedingte Ernteauffälle, Abhängigkeit von Rohstoffpreisen – großen Schwankungen. Makroökonomisch gesehen konnten jedoch in den vergangenen Jahren Wachstumsraten bis zu sieben Prozent erreicht werden. Nach 2000 gelang es der marokkanischen Regierung den Haushalt zu konsolidieren und aufgrund einer tragfähigen Wirtschaftsentwicklung, bei niedrigen Inflationsraten und Leistungsbilanzüberschüssen, Wachstum zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. In jüngster Zeit schufen jedoch hohe Weltmarktpreise für die Hauptimportgüter Nahrungsmittel und Erdöl sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ungünstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes. Exporte, Tourismuseinnahmen, Direktinvestitionen und Überweisungen von Auslandsmarokkanern

waren vorübergehend rückläufig während die Auslandsverschuldung anstieg. Trotzdem prognostizierte der IWF Marokko aufgrund „makroökonomischer und struktureller Reformen“ eine gute Grundlage, um die Auswirkungen der globalen Krise abzufangen (Prognose für 2010 / 2011: BIP-Zuwächse von 3,2 % bzw. 4,5 %). Allerdings wurde gleichzeitig ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 10 % für 2010 erwartet. Mit einer Kombination von Marktwirtschaft und Regulierung, Stärkung der Binnenökonomie und Weltmarktintegration versucht Marokko, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Die nationale Wirtschaftspolitik stellt im Plan National d'Actions Prioritaires (PNAP) 2008-2012 Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes - dies im Besonderen für die Bereiche Wasser, Energie und Infrastruktur.

Der Agrarsektor bleibt wegen schwankender Regenfälle und unterschiedlicher Ernten ein unzuverlässiger Wirtschaftsfaktor. 2008 und 2009 trugen – im Unterschied zu 2007 – gute Ergebnisse zum Wirtschaftswachstum bei. Als Erwerbsbereiche behalten Ackerbau, Viehzucht und der informelle Sektor einen großen Stellenwert. 2009 band die Landwirtschaft 40,5 % der Erwerbstätigen und erzielte je 14 % des BIP und der Exporterlöse. Angebaut werden vor allem Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Tomaten, Gemüse, Zuckerrüben, Zuckerrohr, Oliven und Zitrusfrüchte. Zudem wird – illegal – das Rauschmittel Cannabis kultiviert. Die Versorgung der Bevölkerung hängt in erheblichem Umfang von Importen ab (2008: knapp 10 % der Gesamteinfuhr). 2007 lag die Pro-Kopf-Erzeugung von Nahrungsmitteln 10 % über dem Durchschnitt 1999/2001. Mit dem „Plan vert“ soll bis 2020 das Produktionsniveau der Landwirtschaft erheblich gesteigert werden. Die Agrarpolitik sieht u. a. vor, die Bewässerung auszubauen und dürreresistente Nutzpflanzen zu bevorzugen. Die Umstellung wird mit günstigen Konditionen für Saaten und Kredite gefördert. Gleichzeitig erhöhte die Liberalisierung der Vermarktung den ökonomischen Druck auf die Bauern in den vergangenen Jahren stark.

Große Entwicklungschancen liegen vor allem im Ausbau erneuerbarer Energien. Marokko ist für die Versorgung mit Primärenergierohstoffen bislang fast vollständig auf Importe angewiesen und damit extrem abhängig von der Preisentwicklung für Erdöl, Kohle und Gas am Weltmarkt. Gleichzeitig führt das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum aber zu einem wachsenden Energiebedarf. Aus diesem Grund verfolgt die Regierung das Ziel, das große Potenzial in der Produktion erneuerbarer Energien (Sonnenenergie und Windkraft) zu nutzen, das das Königreich aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Atlantik und Sahara hat. Damit könnte zukünftig nicht nur der landeseigene Energiebedarf gedeckt, sondern Strom auch exportiert werden. Die 2009 von der marokkanischen Regierung vorgestellte Energiestrategie sieht unter anderem den gezielten Ausbau der Stromproduktion durch erneuerbare Energien vor. Nach Plänen der Regierung sollen die erneuerbaren Energien im Jahr 2015 18 % der Stromerzeugung abdecken.

Ein weiterer bedeutender Wirtschaftszweig Marokkos ist der Tourismus, er bietet schätzungsweise eine Million Arbeitsplätze. Die Regierung unternimmt große Anstrengungen, um ihn zu einem der führenden Wirtschaftssektoren auszubauen. Mit ihrem „Plan Azur“ hat sie sich zum Ziel gesetzt, die touristische Infrastruktur auszubauen - bis 2010 sollte die Zahl der jährlichen Besucher auf rund zehn Millionen steigen. Nach offiziellen Angaben wurde dieses Ziel fast erreicht: 2010 besuchten demnach knapp 9,3 Millionen Touristen das Land.

Marokko schloss 1996 einen Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Union ab. Seit dem Jahr 2000 ist ein Assoziierungsabkommen zwischen Marokko und der EU in Kraft, das als Grundlage einer schrittweisen Liberalisierung des gemeinsamen Handelsverkehrs dient. 2012 soll Marokko der euro-mediterranen Freihandelszone beitreten. Für die marokkanische Regierung bedeutet das große Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft (Industrie). Die Regierung fördert deshalb den Privatsektor durch Privatisierung von Staatsbetrieben (Energie, Telekommunikation, Luftfahrt) und die Reformierung des Staatsapparats durch Zollreform, Konsolidierung des Finanzsektors sowie Modernisierung des öffentlichen Sektors. Einen weiteren Schwerpunkt der Privatsektorentwicklung bildet die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) durch die den Aufbau von Dienstleistungen durch Berufsverbände.

Mit ausländischen Investitionen soll die Industrialisierung vorangetrieben werden, Schwerpunkte bilden dabei wirtschaftliche Liberalisierung, Privatisierung und Schaffung von Sonderwirtschaftszonen (Tanger, Casablanca, Rabat). Devisen kommen primär durch Überweisungen von Auslandsmarokkanern, Tourismus und den Export einfacher Industriegüter ins Land, jedoch entwickelt sich Marokko zunehmend zu einem Standort moderner Industrien. Bedeutendster Wirtschaftspartner ist die EU.

Um die Integration des Landes in den Welthandel voranzutreiben, hat die marokkanische Regierung mit dem Bau des Tiefseehafens Tanger-Med begonnen. Auch engagiert sich das Land für die Einrichtung von Freihandelszonen, um die eigenen Exportchancen zu erhöhen. Entsprechende Abkommen wurden mit den EFTA-Ländern (2000), mit den USA (2006) und mit der EU (ab 2012) geschlossen. Regional ist Marokko mit Ägypten, Jordanien und Tunesien in eine Freihandelszone (Agadir-Abkommen) eingebunden, die von der EU unterstützt wurde.

UMWELT

Zentrale Herausforderungen für die nationale Umweltpolitik stellen die Wasserversorgung einerseits wie auch die steigende Umweltbelastung durch Industrialisierung und Verstädterung andererseits dar. Industrieabwässer bedrohen die Grundwasserressourcen und verschmutzen die Küstengewässer. In den ländlichen Regionen Marokkos haben etwa sechs Millionen EinwohnerInnen (20 % der Gesamtbevölkerung) keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In den Städten ist die Abwasserentsorgung ein großes Problem: die öffentlichen Abwassersysteme reichen nicht aus, sind oft in schlechtem Zustand und die Zahl der Kläranlagen gering. Die Folge sind gesundheitliche Risiken und eine massive Verschmutzung der Trinkwasserressourcen in Ballungsgebieten.

Darüber hinaus kommt es zu erheblichen Umweltbelastungen durch Industrieabgase und die Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energie- und Wärmeerzeugung. In diesem Zusammenhang sind Verbesserungen in der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Verwaltung und eine geordnete Abfallwirtschaft in den Ballungszentren notwendig.

Einen Unsicherheitsfaktor bildet der globale Klimawandel für das Land, das mittelfristig mit veränderten Niederschlags- und Grundwasserverhältnissen rechnen muss. Die Landwirtschaft verbraucht mit künstlichen Bewässerungssystemen heute fast 90 % des verfügbaren Wassers. Negative Folgen für die Landwirtschaft (Bodenerosion, Wassermangel, Ernteausfälle) haben auch damit zusammenhängende Dürreperioden, Starkregen und bisweilen Überschwemmungen. Aktive Umweltpolitik betreibt der Staat auch durch Aufforstungen. Marokko ist Unterzeichner der internationalen Konvention zur Bewahrung der Artenvielfalt.

NATIONALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die nationale Entwicklungspolitik der Regierung sieht drei Kernbereiche vor: eine kontinuierliche Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, ein stärkeres und stabileres Wirtschaftswachstum zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen und die Armutsbekämpfung, Abbau sozialer Defizite, Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie Unterstützung für die am stärksten benachteiligten Menschen. Als Maßnahmenkatalog sind Konsolidierung der politischen Öffnung, Verbesserung der Wirtschaftsleistung, Modernisierung der Wirtschaftsstruktur, Fortsetzung institutioneller Reformen sowie eine effizientere und gerechtere Sozialpolitik vorgesehen.

Auf dem Gebiet sozialer Entwicklung und Armut arbeitete die Regierung eine Reihe von ordnungspolitischen und legislativen Maßnahmen sowie Interventionsstrategien aus. So erstellte auf Initiative des Königs ein nationaler ExpertInnenrat einen Bericht zur menschlichen Entwicklung in Marokko und Perspektiven für 2025 („50 ans de développement humain au Maroc et perspectives pour 2025“). In diesem wurden neben den Fortschritten im sozialen Bereich auch vorhandene Defizite

beleuchtet und langfristige Entwicklungsperspektiven aufgezeigt. Ferner kündigte der König 2005 die Nationale Initiative für die menschliche Entwicklung (Initiative Nationale pour le Développement Humain - INDH) an, einen politischen Rahmen mit Zielvorgaben für die soziale Entwicklung (Abbau sozialer Defizite und Ausgrenzung, die Bekämpfung der Armut und die Unterstützung besonders benachteiligter Personengruppen). Schließlich sind weitere Dokumente zu nennen, die die Reformanstrengungen im sozialen Bereich aufzeigen, insbesondere die Nationale Charta für allgemeine und berufliche Bildung, der Strategische Rahmen für die Entwicklung des Bildungswesens, die Nationale Strategie für die Gleichberechtigung und Gleichstellung und die mittelfristige Strategie zur Modernisierung des Gesundheitswesens.

Die Entschlossenheit Marokkos, eine enge Assoziierung mit der EU einzugehen, zielt in erster Linie auf die Fortsetzung seines demokratischen Reformprozesses, die Modernisierung seines Produktionsapparats und seiner Institutionen sowie auf die Stärkung seiner Handelskapazität ab. Das Assoziierungsabkommen und der ENP-Aktionsplan sind wichtige Prioritäten in der marokkanischen Politik. Die Regierung strebt ein starkes Wirtschaftswachstum an, durch das im Zuge der Modernisierung und der Förderung von Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Anstrengungen in diesem Bereich gelten insbesondere der Modernisierung der Produktionsbasis durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Zuge der Einführung neuer Technologien, der Förderung der Ausfuhr, einer verbesserten Effizienz des Finanzsektors sowie einer Lösung des Grund- und Bodenproblems und der Modernisierung des (staatlichen und privaten) Berufsbildungsangebots.

Ein weiterer Schwerpunktbereich der Regierung ist die Reform der öffentlichen Verwaltung und staatlicher Unternehmen. Eines der angestrebten Ziele ist die Wiederausrichtung der Rolle des Staates auf seine vorrangigen Aufgaben, die weitere Verringerung und sachgerechte Verwendung der öffentlichen Ausgaben, Effizienzsteigerung und somit ein aktiver Beitrag zu Entwicklung und Modernisierung von öffentlichen Unternehmen.

Im nationalen Plan nimmt die Entwicklung des ländlichen Raums und der Abbau regionaler Disparitäten einen bedeutenden Stellenwert ein. Abgesehen von ihrer strategischen Rolle für die inländische Nahrungsmittelsicherheit spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle für den produzierenden Bereich, die Beschäftigung, die Raumordnung und die Umwelt. Aufgrund der vorhersehbaren Steigerung des Bedarfs an Nahrungsmitteln wird die Anpassung der Produktionsweise an die Bedürfnisse des (sich immer stärker öffnenden) Marktes unumgänglich. Vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung müssen die regionalen Disparitäten abgebaut und parallel zur Entwicklung der städtischen Gebiete die Bedingungen auf dem Land verbessert werden.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Zusammenarbeit der **EU** mit Marokko orientiert sich in ihren Prioritäten an den Rahmenbedingungen des Assoziierungsabkommens und des Aktionsplans. Die Umsetzung des Aktionsplans erfordert eine beschleunigte Durchführung der Strukturreformen und Unterstützung bei Modernisierungsanstrengungen im Bereich der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, gute Regierungsführung und die Durchsetzung von Menschenrechten auf nationaler Ebene, die Modernisierung der Wirtschaft, Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Entwicklung einer nachhaltigen Sozialpolitik sowie einen breiten Ansatz für Maßnahmen im Umweltschutzbereich.

Frankreich ist unter den Ländern der Europäischen Union der wichtigste Handelspartner Marokkos und der Hauptgeber im Bereich EZA. Seine Maßnahmen konzentrieren sich auf die Modernisierung des öffentlichen Sektors, die Entwicklung des privaten Sektors, die Berufsbildung, die soziale Entwicklung und die Basisinfrastrukturen.

Spanien konzentriert seine Maßnahmen auf die nördlichen Provinzen des Königreichs sowie die Bereiche Gesundheitswesen, soziale Basisinfrastruktur, Ausbildung, Sanierung der Städte, Landwirtschaft und Tourismus.

Deutschland konzentriert seine Maßnahmen auf die Bereiche Umwelt und Klimawandel, Förderung erneuerbarer Energien, Nutzung und Management von Wasserressourcen sowie nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (inkl. Berufsbildung).

Japan finanziert Kooperationstätigkeiten in den Bereich Fischerei, Trinkwasserversorgung und Straßenbau.

Die Strategie der **Weltbank** für Marokko richtet sich auf den Abbau der Armut in den ländlichen Gebieten, den Ausbau der grundlegenden sozialen Dienste und die Förderung einer guten Regierungsführung. Sie unterstützt außerdem Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, unternehmerisches Umfeld und Agrarpolitik. Vor kurzem hat die Weltbank die Grundbildung zu einem ihrer vorrangigen Maßnahmenbereiche erklärt.

Netto-ODA an Marokko 2005-2008 (Mio. US\$)

	2005	2006	2007	2008
Gesamt	691,20	1.043,91	1.072,69	1.216,87
EU (multilateral)	293,09	338,70	307,13	483,76
Frankreich	196,98	301,41	218,77	163,21
Spanien	29,03	73,25	84,82	117,36
Deutschland	61,75	104,49	142,82	90,60
Japan	-54,19	61,13	64,65	105,84
Arabische Staaten	88,06	113,45	114,21	77,59
Übrige	14,31	31,22	39,93	61,74

Quelle: OECD (2010). Geographical Distribution

ÖSTERREICHS ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT MAROKKO

Die österreichischen Aktivitäten konzentrierten sich in den Jahren 2006-2009 die Finanzierung von Stipendien für marokkanische Studierende in Österreich. Vereinzelt wurden auch Aufenthalte für DeutschlehrerInnen an marokkanischen Universitäten unterstützt. Die OEZA konzentrierte die Maßnahmen auf die Sektoren Landwirtschaft und Umwelt. Über viele Jahre wurden Projekte zur partizipativen und nachhaltigen Regionalentwicklung im Ouneine Tal und dem Rif Gebirge durchgeführt. Die ODA-Flüsse der letzten Jahre betragen zwischen 0,6 (2006) und 0,2 (2009) Mio. US\$ jährlich.

PRIVATE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

SOS-Kinderdorf engagiert sich in der nachhaltigen Betreuung, Ausbildung und gesellschaftlichen Integration elternloser Kinder in SOS-Kinderdörfern

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH MAROKKO

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Marokko verlaufen im Bereich des Außenhandels auf hohem Niveau. Die heimische Wirtschaft erwartet sich insbesondere Chancen bei großangelegten Infrastrukturprojekten in den Sektoren erneuerbare Energien (Wind- und Solarenergie), Straßen-, Bahn- und Hafenbau, Wasserver- und -entsorgung sowie im sozialen Wohnbau. Zudem bieten Tourismussektor, Industrie (Modernisierungsprozess, Offshore- Produktion) und Landwirtschaftssektor Export-

und Investitionsmöglichkeiten für österreichische Unternehmen. Das Außenwirtschafts-Center der Wirtschaftskammer Österreich in Casablanca bewirbt dies aktiv mit gezielten Veranstaltungen und streicht die Vorteile für österreichische Unternehmen in den bilateralen Beziehungen hervor. Die österreichischen Ausfuhren nahmen in den vergangenen Jahren zu (2010 86,1 Mio.€), als bedeutendste Posten wurden Arbeitsmaschinen, Lkws, Pkws, Gewebe, Textilbänder & Spitzen, Stapelfasern, Holz und Papier ausgeführt. Zu den bedeutendsten Produkten, die 2010 nach Österreich importiert wurden, zählten Textilien und Bekleidung (75%), elektrische Dioden, Obst und Gemüse, Fische und Schuhe (österreichische Importe: 75,8 Mio. €).

Quellen: Munzinger Online 2011, UNDP - HDR 2010, OECD 2010 Geographical Distribution, GIZ-Länderinformationsportal Ägypten, OECD 2001: CRS-Datenbank.